

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Schmidt, Harald Ebner, Dr. Julia Verlinden, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/7901 –**

**Natur erleben, Umwelt schützen – Naturverträglichen Tourismus als Gewinn
für alle stärken**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Maßnahmen zu ergreifen, um den naturverträglichen und nachhaltigen Tourismus in Deutschland zu stärken, allen Menschen Zugang zur Natur zu ermöglichen und zugleich ihren Schutz nachhaltig zu fördern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Der Ausschuss für Tourismus

Anja Karliczek
Vorsitzende

Hans Koller
Berichterstatter

Dario Seifert
Berichterstatter

Stefan Zierke
Berichterstatter

Stefan Schmidt
Berichterstatter

Katalin Gennburg
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Hans Koller, Dario Seifert, Stefan Zierke, Stefan Schmidt und Katalin Gennburg

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/7901** wurde in der 96. Sitzung des Deutschen Bundestag am 24. September 2026 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, Maßnahmen zu ergreifen, um den naturverträglichen und nachhaltigen Tourismus in Deutschland zu stärken, allen Menschen Zugang zur Natur zu ermöglichen und zugleich ihren Schutz nachhaltig zu fördern.

Die Erlebbarkeit von Natur und Umwelt soll durch die Stärkung eines naturnahen Tourismus gefördert und ein notwendiges Gesamtkonzept in Abstimmung mit Ländern und Kommunen erarbeiten werden.

Darüber hinaus sollen die Maßnahmen der Nationalen Wasserstrategie und des Bundesprogramms „Blaues Band Deutschland“ finanziell gestärkt und in Kooperation mit Ländern und Kommunen konsequent und rasch umgesetzt werden, um ökologisch funktionsfähige, naturverträglich touristisch attraktive Gewässer sowie einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser in ganz Deutschland sicherzustellen.

Um diese Ziele zu erreichen, haben die Antragsteller einen umfassenden Maßnahmenkatalog unterbreitet.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 47. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Der **Ausschuss Wirtschaft und Energie** hat in seiner 50. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 39. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 44. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 31. Sitzung am 7. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag auf Drucksache 21/7901 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 21/7901 in seiner 38. Sitzung am 7. Oktober 2026 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erkannte an, dass mit dem Antrag ein wichtiges Thema adressiert werde, nämlich Tourismus und Natur in Einklang zu bringen. Nur in einer intakten Natur könne Tourismus stattfinden. Allerdings griffen die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen viel zu regulierend ein. Schon heute gebe es in der Infrastrukturplanung strenge Auflagen und weitreichende Ausgleichspflichten für die Natur. Eine weitere Regulierung, wie im Antrag vorgeschlagen, sei in der aktuellen Lage das falsche Signal. Was Deutschland aktuell brauche, sei Planungsbeschleunigung und Bürokratieabbau.

Insbesondere der im Antrag geforderte Rückbau bestehender, gut funktionierender Wasserkraftanlagen könne nicht unterstützt werden. Wasserkraft sei eine verlässliche und zudem klimafreundliche Energiequelle. Aus diesen Gründen sei der Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** argumentierte ebenfalls, dass der Antrag zu viele regulatorische Ansätze verfolge. Beispielsweise greife der geforderte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu stark in die kommunale Selbstverwaltung ein. Der geforderte Ausbau der Nachtzüge sei nur mit erheblichen staatlichen Investitionen realisierbar. Die unter Punkt 1 h) des Antrags geforderte Einführung eines dauerhaften Monitorings von möglichen Umwelt- und Klimafolgen – verursacht durch den Tourismus – sei nichts anderes als zusätzliche Bürokratie. Der Antrag adressiere punktuell zwar richtige Themen, ziehe aber die falschen Schlussfolgerungen und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, der Antrag sei zu kleinteilig und zu stark von regulatorischen Vorgaben geprägt. Mit weniger Bürokratie und Restriktionen lasse sich deutlich mehr erreichen. Dies würde im positiven Sinne mehr Raum für unternehmerische Initiative und die Entfaltung der Marktkräfte schaffen. Die Zeichen der Zeit stünden auf Entbürokratisierung, während der Antrag einen gegenteiligen Ansatz verfolge, weshalb er abzulehnen sei.“

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** warb für ihren Antrag. Eine gesunde Natur sei nicht bloß „Kulisse“, sondern Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen und florierenden Tourismus. Wenn beispielsweise Flüsse durch Staustufen, Wehre oder ähnliche Bauten zerschnitten würden, schade dies nicht nur der Natur, sondern erschwere auch den naturnahen Wassertourismus, beispielsweise das Kanuwandern. Die Fraktion wolle Natur und Tourismus in Einklang bringen und unterbreite dazu in ihrem Antrag zielführende Vorschläge. Demgegenüber bleibe die von der Bundesregierung vorgestellte Nationale Tourismusstrategie ein strategisches Konzept zum naturverträglichen Tourismus schuldig. Diese Lücke wolle dieser Antrag schließen.

Tourismus könne in Zukunft nur dann zentraler Wirtschaftsfaktor bleiben, wenn der Balanceakt zwischen Naturschutz und touristischer Nutzung gelinge. Von einer intakten Natur profitierten alle: Umwelt, Tourismusbranche und die Reisenden selbst. Der Antrag schaffe die Basis dafür.

Berlin, den 7. Oktober 2026

Hans Koller
Berichtersteller

Dario Seifert
Berichtersteller

Stefan Zierke
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Stefan Schmidt
Berichtersteller

Katalin Gennburg
Berichterstatlerin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.